

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Gleich Duzend)
Berlin N.O. 55. Greifswalder Straße 221/223

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 71.

Berlin, Mittwoch, 3. September 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Frage vom Gebärstreik. — Abbau der Schutz-
zölle. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. —
Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Ver-
bands-Zeit. — Anzeigen.

Die Frage vom Gebärstreik.

Von Erich Dombrowski-Gera.

Das Problem des Geburtenrückganges ist
man auch für uns akut geworden. Zeit einigen
Jahren schon sinkt langsam Deutschlands Geburten-
ziffer. Und nähme nicht gleichzeitig, dank immer
höherer Hygiene, auch die Zahl der Toten, vor-
nehmlich im Säuglingsalter, ab, würde es mit uns,
hoffentlich ziemlich rapide bergab gehen. So aber
sind wir, wenigstens vorläufig noch, in unierer
Bevölkerung mit den früheren Jahrzehnten
des Aufstieges einigermaßen Schritt. Wie lange
aber noch — das ist die Frage. Trotz auch uns
des Schicksal Frankreichs, dessen Bevölkerung
schonmäßig still steht?

Die Sozialdemokratie hat in die öffentliche
Gesprache darüber ein neues Schlagwort ge-
bracht: den Gebärstreik. Aber die, welche in einem
solchen Fuzarentritt, nachdem die Massenstreik-Idee
schon totgeredet war, die ganze Partei damit über-
zampeln wollten, haben sich eine Schlappe geholt.
Die führenden Geister der Sozialdemokratie haben
an Gedanken eines Gebärstreiks abgelehnt. Aber
darum ist er noch keineswegs tot und begraben. Er
wird wieder auferstehen und wie die schon so oft
beachtete Frage des Generalstreiks von neuem die
Bewegter bewegen. Darum lohnt es schon, einmal
wieder die Gedankenengänge, die zu der Idee
eines Gebärstreiks geführt haben, nachzugehen.

Dabei wollen wir von zwei Gesichtspunkten
ausgehen: Vom Gebärstreik als einem
wirtschafts-politischen Kampfmittel
für den Arbeiter und von der Einschränkung
der Geburten als einer notwendigen Folge-
erscheinung unangünstiger wirtschaft-
licher Verhältnisse.

Der englische Volkswirt Robert Malthus hat
am Ende des achtzehnten Jahrhunderts eine inter-
essante Bevölkerungstheorie aufgestellt. Wenn es
nicht mancherlei Demunisse gäbe, sagt er ungefähr
in seinem grundlegenden Werke, würde sich die
Bevölkerung geradezu unbegrenzt vermehren.
Dies dem aber am meisten entgegenwirkt,
ist die Unzulänglichkeit der Nahrungsmittel.
In die, meint er, vermehren sich nur in 2
potenziertiger Steigerung, das heißt wie 1, 2,
4 usw. Die Bevölkerung dagegen
steigt in geometrischer Steigerung wie 1, 2, 4, 8,
16 usw. Die Folgen dieses Mißverhältnisses sind
Mangel, Not und Elend, die auf die Massen drücken
in viele frühzeitig, oft schon als kleine Kinder, als
Blindlinge, Hinfälligen, so einem gewaltigen Aus-
scheidungsmechanismus. Einen Schritt weiter gehen die
Malthusianer, seine modernen Jünger,
wenn dem so ist, folgern sie, dann kann die soziale
Lage nur durch eine nationale Einschränkung der
Geburten — durch Verhütungsmittel und eine ge-
wisse Enthaltensweise — gelöst werden. Die Ge-
sellschaft und die praktischen Erfahrungen aber haben
das längst gelehrt, daß der ziffermäßige Vergleich
zwischen Bevölkerung und Nahrungsmittel-
zunahme ein Fehlschluß ist, daß wir angesichts der
unerschöpflichen Gebiete der Erde, die heute noch gar-
nicht unter den Pflug gekommen sind, Nahrungs-
mittel-Reservoirs haben, die uns für unabsehbare
Zeiten nicht im geringsten für die Ernährung einer
stark wachsenden Menschzahl fürchten zu lassen
brauchen. Worauf es nur ankommt, ist eine fort-

schreitende Kultivierung noch unererschlossener Länder
und ein unbehinderter weltwirtschaftlicher
Verkehr, der einen gleichmäßigen Nahrungsmittel-
und sonstigen Warenaustausch ermöglicht. Sind
dem aber Schranken gesetzt, dann kann es wohl vor-
kommen, daß ein Volk sich innerhalb seiner durch
hohe Zollmauern abgeschlossenen Grenzen rascher
entwickelt, als es die heimische Nahrungsmittel-
Produktion gestattet. Dann allerdings tritt jenes
Malthusverhältnis ein, von dem Malthus in solcher
Verallgemeinerung sprach. Dann muß die Masse
die Nahrungsmittel unverhältnismäßig hoch be-
zahlen. Nicht nur die aus-, sondern auch die inlän-
dischen sind in diesem Falle genau um den Zoll-
betrag verteuert worden. Auf ein Beispiel ange-
wendet, heißt das, daß allein die Getreidezölle nach
den Berechnungen Professor Prentanos im Durch-
schnitt der fünf Jahre 1907 bis 1911 dem deutschen
Volke eine jährliche Belastung von etwas mehr
als einer Milliarde Mark auferlegt haben. Neben
den Getreidezöllen haben wir auch die Fleischzölle
und dazu noch die vielen Zölle auf alle möglichen
Gebrauchsartikel von der stohle bis zum Feinsten
dem Leibe. Eine solche Vertenerung des Lebens-
unterhaltes muß schließlich in der verschiedensten
Weise auf die Entwicklung des Volkes rückwirken.
Trotz davon wird später noch die Rede sein.

Was die, welche einen Gebärstreik prokla-
mieren wollen, ist eigentlich eine Konsequenz des
„ehernen Lohngesetzes“, das einst von Lassalle auf-
gestellt, längst schon ins alte Eisen geworfen ist. Da-
nach hält sich der Lohn niemals dauernd über dem
Minimum, das der Arbeiter für seine Existenz
nöthig hat, weil durch die Vermehrung der Bevölke-
rung bald wieder ein vermehrtes Angebot eintritt,
die Arbeiter-Heerzvermehrung sich also vergrößert.
Wenn man nun den Nachwuchs künstlich beschränkt,
würde man das ehernen Lohngesetzes das in Wirklich-
keit gar nicht existiert in seinen Wirkungen auf-
heben. Die Arbeiter-Nachfrage würde bald größer
werden als das Angebot und die Löhne würden
automatisch steigen. Es ist das an sich derselbe Ge-
danke, der eine Eingabildung im Wirtschaftsleben,
ein Kartell z. B. verbot, durch Einschränkung und
Regelung der Konkurrenz, höhere Preise für alle zu-
gleich zu erzielen. Nur mit dem einen Unter-
schiede, daß es sich einmal um die Waren- und das
andere Mal um die von ganz anderen Faktoren ab-
hängige Menschen-Produktion handelt. Aber
abgesehen davon, hat die Rechnung auch sonst noch
ein großes Loch. Der Arbeitgeber ist keineswegs
verlegen, wenn das inländische Arbeiter-Angebot
nachläßt. Dann greift er eben zu ausländi-
schem Arbeiter-Material. Schon heute beschäftigt
Deutschland fast eine Million fremder Arbeiter.
Feiner wird die Maschinen-technik auf neue
Methoden führen, die menschliche Arbeitskraft
immer mehr auszuschalten. Das Taylor-System,
die wissenschaftliche Betriebsführung, weist ihm
einen solchen Weg. Allein aus diesen beiden Grün-
den ist ein Gebärstreik — wenn er sich überhaupt
kommandieren läßt — als wirtschaftspolitisches
Kampfmittel die untauglichste Waffe, die man sich
denken kann. Und vom sozialdemokratischen Stand-
punkt aus gewertet, muß man Frau Maria Jettin,
die sich in einer Berliner Versammlung entschieden
gegen den Gedanken eines Gebärstreiks wendete,
auch recht geben, wenn sie erklärt: „Wohl stellt das
Proletariat durch einen Gebärstreik weniger Sol-
daten, aber es vermindert sich auch die Zahl der
Revolutionäre.“ Das Geschick, das überadiale
Sozialdemokraten gegen die Gesellschaft abzu-
schwächen drohen, würde letzten Endes auf sie selbst
zurückfallen. Die Idee eines Gebärstreiks ist und
bleibt also nur eine Phrase.

Anders, wenn wir die Frage der Ein-
schränkung der Geburten einmal als
eine wirtschaftliche Folgeerscheinung
untersuchen. Daß unsere Geburtenziffer zurück-
geht, steht statistisch fest. Und, daß unsere ge-
samt Lebenshaltung gerade in den letzten Jahren
sich ganz bedeutend verteuert hat. Und diese beiden
Tatsachen hängen eng mit einander zusammen.
Weil das Leben teurer geworden ist, werden die
Eben in späteren Lebensjahren geschlossen — die
Zunahme der unehelichen Geburten ist eine Folge-
erscheinung davon — die Kinder werden in der
Ehe fast rationell gezeugt, d. h. ihre Zahl wird von
vornherein festgelegt. Im Mittelstande ist das
Zwei- oder Dreifinder-System heute schon ganz
und gäbe. Im Arbeiterstande wirkt das Beispiel
nach. Die einfache Konzeptionsverhütung, die ja
noch keine Abtreibung im kriminellen Sinne dar-
stellt, greift auch in den Arbeiterfamilien weiter
um sich. Das ist an sich noch keine unmoralische
Handlung, vielmehr der Ausfluß eines großen Ver-
antwortlichkeitsgefühls gegenüber den Kindern,
die bereits in die Welt gezeugt worden sind, zu-
gleich aber auch der Furcht, seinen Lebensstand
durch eine zu große Anzahl von Kindern herab-
setzen zu müssen. Der Arbeiter fühlt, daß er all-
das, was er in heiligem Ringen durch manchen Lohn-
kampf sich erzwungen hat, einen größeren Anteil an
den Gütern der Kultur, ganz von selbst wieder auf-
geben muß, wenn er seine Familie alle Jahre oder
alle zwei Jahre um ein neues Mitglied vermehrt. Und
es ist ganz natürlich, daß auch er seine Kinder ganz
anders ernähren, erziehen und vorzubereiten kann,
wenn er nur zwei oder drei statt sechs bis sieben hat.
Würdet ihm dagegen die Familie durch zahlreiche
Kinder zu viel Lasten auf, bricht er leicht darunter
zusammen und gerät auf Abwege. Sein Men-
schentum wird unter all der Sorge und all der Not
erstickt. Es hat also schon etwas für sich, wenn
man sagt: In allem suchen wir unser Leben täglich
rationeller, ökonomischer zu gestalten. Nur in einem
nicht: In der Menschen-Produktion. Oder sollte
nicht gerade darauf Gottscheids Wort von der
Menschen-Defonomie passen?

Und doch wird die allgemein abnehmende Ge-
burtenzahl nur eine vorübergehende Er-
scheinung sein, über die wir nicht gleich den Kopf
hängen lassen brauchen. Sie ist erstens als eine
Erholungs- und Erstarkepause
unseres Volkes aufzufassen und zweitens als eine
Folge unserer heutigen Wirtschafts-
politik. Wenn der Staat also etwas für eine
Zunahme der Geburten tun will, dann breche er
endlich mit seiner einseitigen Agrarpolitik. Die
denkmächtig ablaufenden Handelsverträge geben ihm
die beste Gelegenheit dazu. Dann mag er den
Zolltarif einmal gründlich revidieren. Wird die
Heuerung aber wider den Stachel der Agrarier
zu lösen verstanden? Wir glauben's nicht. Aber auf
immer neue Pflasterden wird sie führen, um der
abnehmenden Geburtenzahl zu begegnen. Aber
an der Wurzel wird sie das Lebel nicht antaifen.
Darum werden wir uns darauf gefaßt machen
müssen, daß vorläufig unsere Geburtenziffer noch
weiter langsam herabgehen wird.

Abbau der Schutzzölle.

Deutschland war früher ein Land wohlfeiler
Lebensführung. Wenn nicht besondere Teuerung
herrschte, hatten Brot und Fleisch einen billigen
Preis. Heute ist es, was Volksernährung betrifft,
vielleicht das teuerste Land Europas. Im wesent-
lichen hat das unsere Schutzollpolitik verschuldet.
Sie erhöht die Zufuhr billiger Nahrungsmittel
und verteuert nicht nur die eingeführten landwirt-

tsächlichen Produkte, sondern auch die ganze einheimische Ernte und den Satz des Volles. Ein Beispiel: Auf eine Großmühle Weizen im Ausland kaufen, so kann sie das nur zum Weltmarktpreis mit Zuschlag des deutschen Einfuhrzolles. Der inländische Weizenbauer kennt das natürlich ganz genau und da die Ware verlangt wird, braucht er sie nicht billiger zu verkaufen als ausländischer Weizen auf dem deutschen Markt zu haben ist. Hätten wir nicht den Weizen Zoll von 5,50 Mk. auf den Doppelpentner, so würde die Ware bei uns um diesen Betrag billiger zu kaufen sein. So geht es bei allen Nahrungsmitteln, die Deutschland vom Ausland ganz oder zum Teil beziehen muß, sofern sie mit einem Zoll belastet sind. Sehr empfindlich macht sich das bei Fleisch und Schlachtvieh bemerkbar, wo noch ein übermäßig strenger Seuchenschutz die Einfuhr verteuert und erschwert. Die Reichsregierung schlug 1879 ursprünglich für den Doppelpentner Weizen und Hafer einen Zoll von 1 Mk., bei anderem Getreide von 50 Pf. vor. Einen Zoll von 3 Mk. für den Doppelpentner bezeichnete selbst Bismarck anfänglich als widerwärtig. Schon 1885 erreichte der Zoll diese Höhe und jetzt beträgt er bekanntlich bei Weizen 5½ und bei Roggen 5 Mk. Den Großagraren war dieser Satz nicht hoch genug. Sie verlangten 7½ Mk. und einzelne ihrer Führer stimmten bei der Beschlussfassung über den jetzigen Getreidezoll im Reichstage gegen den Zolltarif, weil ihnen die Lebensmittelsätze zu niedrig waren.

In den folgenden Jahren stellte man dann von der gleichen Seite die Forderung nach dem „lückenlosen Zolltarif“ auf. Es sollten alle noch nicht mit Zöllen befassten landwirtschaftlichen und gärtnerischen Einfuhrartikel durch einen Schutz Zoll am Ueberstreiten der deutschen Grenze möglichst verhindert werden. Auch die bestehenden Lebensmittelsätze wollten man noch weiter erhöhen. Diese Absichten sind durch den Ausfall der letzten Reichstagswahl unmöglich gemacht. Der gegenwärtige Reichstag besitzt eine Mehrheit, die für eine weitere Erhöhung der Zollmauer gegen die Einfuhr ausländischer Lebensmittel nicht zu haben ist. Alle derartige Wünsche werden voraussichtlich glatt abgelehnt.

Über es ist anzunehmen, daß der Reichstag hierbei nicht stehen bleibt. Sein Mandat gilt bis Anfang 1917; ein Jahr, in dem auch unsere wichtigsten Handelsverträge ablaufen. Er hat sie also zu erneuern und die sehr starke Linke wird dabei den Versuch machen, wenn auch nicht die Lebensmittelsätze völlig zu beiseite, so doch abzubauen. Das heißt, sie dort zu mildern, wo sie auf die Volksernährung am stärksten drücken.

Das ist unbedingt notwendig. In diesen Tagen konnte abermals festgestellt werden, daß nach den statistischen Ermittlungen die Fleischpreise wiederum gestiegen seien. Wenn auch angenommen werden kann, daß der Zwischenhandel an diesen Preistreibern mit schuldig ist, so muß man doch feststellen, daß alle derartige Treiberei erit möglich oder doch wesentlich erleichtert wird durch eine Zollpolitik, die eine Mauer gegen die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel baut. Für die breite Masse waren die gegenwärtigen Lebensmittelpreise in den letzten Jahren eines außerordentlich günstigen Geschäftsganges kaum zu ertragen. Es ist unabweislich, daß die Erhöhung mancher Schichten trotz der Lohnerhöhungen zurückging. Den Beamten und anderen Selbstbedienten mußten die Gehälter wiederholt erhöht werden, um ihnen das Auskommen zu ermöglichen. Aber es gibt sowohl für den Staat, wie für die Privatunternehmung in dieser Beziehung eine Grenze und man steht heute vor der ersten Tatsache, daß diese Grenze bereits überschritten ist. Die Erhöhung der Beamtengehälter bedeutet meistens neue Steuerlasten und mit diesen sind wir heute überreichlich besetzt. Es gibt kaum noch eine nennenswerte Steuerquelle, die vom Reich, Einzelstaat oder Gemeinde nicht schon reichlich angezapft wäre. Und die private Unternehmung?

Wir haben heute einen Niedergang der geschäftlichen Konjunktur zu befürchten. Die Zeichen mehren sich aus allen hauptgeschäftlichen Industrien und von unseren wichtigsten Absatzmärkten, daß auf die letzten Jahre die mageren folgen werden. Schon jetzt hört man auch von Arbeiterentlassungen und nach der Arbeitsmarktstatistik ist heute die Zahl der Arbeitenden erheblich größer als vor einem Jahre. Es wird unserer Industrie und auch dem Handwerk in einer Zeit schlechten Geschäftsganges schwerlich möglich sein, die in langen günstigen Jahren erhöhten Löhne aufrecht zu erhalten. Die Folge wird sein, daß die künstlich emporgetriebenen Lebensmittelpreise auf die Volksernährung noch stärker als bisher drücken und daß sie in der schlecht beschäftigten, unter der Ungunst

der Zeit geringer bezahlten breiten Masse eine tiefgehende Verbitterung erzeugen.

Auch in der schutzjöllnerisch gestimmten Schwerindustrie hat man in dieser Beziehung längst Bedenken. Einer ihrer bekanntesten Führer, der langjährige frühere Generalsekretär des „Zentralverbandes Deutscher Industrieller“, Dr. Bued, jagte bereits in seinem Geschäftsbericht vom 9. Dezember 1910: Es ist nicht wegzuleugnen, daß die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter ihren Grund in den zum Teil übertrieben hohen Zöllen auf Nahrungsmittel hat. Das führte zu einer fortgesetzten Steigerung der Löhne. Nunmehr aber ist die Industrie in dieser Beziehung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und in maßgebenden industriellen Kreisen ist daher ernstlich erwogen, auf Herabsetzung der Lebensmittelsätze hinzuwirken und das umso mehr, da die Landwirtschaft sich in unabdingbar günstiger Lage befindet. — Also auch der langjährige Führer der schutzjöllnerischen Großindustrie verlangte schon vor einigen Jahren in deren Namen einen Abbau der Lebensmittelsätze, ebensolch diese damals noch weniger als heute empfunden wurden. Auch die dem Schutz Zoll geneigten Industriellen können dessen Nachteile immer mehr. Er erschwert ihnen, um die Wirkung nur nach zwei Richtungen anzuführen, die Ausfuhr, weil andere Staaten gegen uns gleichfalls Zollmauern bauen, und verteuert die Löhne wegen der Lebensmittelerhöhung. Im Grunde hat unsere ganze Schutzjöllpolitik nur einzelnen Interessengruppen Vorteile gebracht, im ganzen aber Schiffbruch gelitten. Man muß sich daran erinnern, daß ursprünglich die Zölle das Reich finanziell auf eigene Füße stellen sollten. Hier haben sie vollständig verlagert. Wir haben trotz eines früher für niemals möglich und gut gehaltenen Ausbaues unseres Schutzjöllsystems eine schwere Finanzreform nach der anderen erlebt, bis zu der kaum unter Tode gebracht und der Milliarde Mehrbeitrag. Dabei sind die Schulden des Reiches auf mehr als fünfzig Millionen Mk. gestiegen. In Wahrheit verteuert unser Schutz Zoll zwar die Lebenshaltung ganz enorm, aber in die Reichskasse fließt von dieser Verteuerung nur ein verhältnismäßig geringer Betrag.

Das Reich macht bei allen diesen Zöllen weit schlechtere Geschäfte, als man einst erwartete. Finanzpolitisch wird also ein beionener, langsamer Abbau der Lebensmittelsätze zu ertragen sein. Er wird sicher in Angriff genommen werden; auf die Dauer lassen sich vor allem die heutigen Lebensmittelsätze nicht halten. Die Landwirtschaft wird gut tun, hiermit zu rechnen, statt auf deren ewige Dauer zu hoffen und auf Grund der Zölle die Bodenpreise und die Verdichtung des landwirtschaftlichen Besitzes immer höher zu treiben.

Aus der Praxis der Arbeiterverlagerung.

Eine häufige Klage der Unfallverletzten richtet sich gegen die große Langsamkeit, mit der das Rentenfeststellungsverfahren von den Berufsgenossenschaften betrieben wird. Zur Begründung dieser Klagen wollen wir hier den Hergang einer Sache schildern und bitten die angeben Daten besonders zu beachten.

Ein Hüttenarbeiter verunglückte am 28. Febr. 1910 beim Fallen durch Aufschlag mit dem Hinterkopf auf eine eiserne Welle. Der Arzt konstatierte Schädelbasisbruch und Reizen des Trommelfelles in einem Ohr. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit fühlte sich der Mann wieder besser und nahm die Arbeit auf. Im Juni 1910 bot die Berufsgenossenschaft als Angewohnheitsrente 10 Proz. In dem „Beifund“ wird konstatiert, es seien nachweisbare Unfallfolgen nicht mehr vorhanden, und das Trommelfell habe sich wieder geschlossen.

In der Zeit zwischen Erteilung des Vorbescheides und des berufungsfähigen Bescheides aber war eine Verschlimmerung im Zustande des Verletzten eingetreten, so daß er am 22. Juni 1910 die Arbeit aufgeben und 7 Tage in ärztliche Behandlung gehen mußte. Für diese Zeit gab es Vollrente und dann wieder die früheren 10 Prozent. Der Verletzte arbeitete wieder bis Ende September, ging erneut in ärztliche Behandlung und wurde von der Berufsgenossenschaft zur Beobachtung in ein Krankenhaus geschickt. Dort wurde konstatiert, es seien noch Restzustände einer im Schädelinnern stattgehabten Verletzung vorhanden. Durch Bescheid vom 2. Januar 1911 wurden nun 20 Prozent Rente geboten.

Inzwischen hatte der Verletzte einmal zu arbeiten versucht, war noch mal ins Krankenhaus gekommen und hatte, zum Teil infolge eines bei Entlassung aus der Beobachtungsanstalt begangenen Formfehlers, eine Zeitlang die Arbeit nicht auf-

nehmen können. Er hatte erst am 11. Januar 1911 wieder zu arbeiten angefangen, war also stark drei Monate lang arbeitsunfähig in Behandlung der Ärzte, davon drei Wochen in zwei verschiedenen Anstalten. Trotzdem dies der Berufsgenossenschaft bekannt war, verteilte sie sich allen Bescheidenden der Verletzten gegenüber auf den Bescheid, in dem sie wegen der Verschlimmerung 20 Prozent geboten wurden.

In dieser Situation wurde Schreiber dieses auf die Sache aufmerksam gemacht und Beratung eingeleitet. Der erste Termin war im April 1911 am Schiedsgericht. Dabei wurde von uns für die Zeit von Ende September 1910 bis 11. Januar 1911 die Vollrente, resp. Angehörigenrente und von da ab eine dem großen Verdienstunterchied nach Wiederaufnahme der Arbeit entsprechende Erhöhung der 20 Proz. Rente beantragt. Das Schiedsgericht beschloß eine Unterjudung in der nächstgelegenen Universitätsklinik; doch dauerte es bis Februar 1912, ehe tatsächlich die Einweisung des Verletzten erfolgte. An dieser ungeheuerlichen Verzögerung war ja wohl mehr das Schiedsgericht als die Berufsgenossenschaft schuld. In der Universitätsklinik wurde dann festgestellt, daß der Verletzte etwa 30 Prozent erwerbsbeschränkt war. Im April 1912 stand die Sache erneut zur Verhandlung am Schiedsgericht, und wir stellten dieselben Forderungen wie im Jahre vorher.

Nun erhob der Berufsgenossenschaftsvertreter den Einwand, er müsse besonders über die Zeit von Ende September 1910 bis 11. Januar 1911 nähere Erhebungen veranlassen. Das Schiedsgericht vertagte die Sache, und wir gaben dem Genossenschaftsvertreter genau den Hergang der Sache für die strittige Zeit zu Papier.

Im Oktober 1912 wurde die Sache wieder am Schiedsgericht verhandelt und wir erlebten dort, daß die Berufsgenossenschaft noch keine genügende Klarheit für die strittige Zeit hatte. Der Vertreter beantragte wieder Vertagung, gegen die wir uns aber entschieden wehrten, und schließlich erzielten wir wenigstens ein Teilurteil für die Zeit vom 11. Januar 1911. Die Rente wurde entsprechend dem Universitätsgutachten von da ab auf 30 Proz. festgesetzt, und für die strittige Zeit vertrat der Genossenschaftsvertreter (es war nicht derselbe wie in der vorigen Verhandlung) baldigt neuen Bescheid zu erteilen.

Man sollte nun glauben, jetzt würde alles schnell gehen, aber Mitte Dezember, 2½ Monate nach Verkündung des Teilurteils, hatte der Verletzte noch nichts von der Berufsgenossenschaft erhalten als die regelmäßigen Beträge aus der 20 Proz. Rente. Es bedurfte persönlicher Einwirkung auf die Berufsgenossenschaft durch den Schreiber dieses, daß der Mann noch vor Weihnachten wenigstens eine Abschlagszahlung erhielt. Endlich im Januar 1913 bekam der Mann den Bescheid und die Nachzahlung der erhöhten Rente für die abgelaufenen 2 Jahre mit rund 222 Mk. abzüglich des vor Weihnachten ermittelten Vorlaufes, und es konnte so die vorher gemachten Schulden werden.

Nun fehlten aber immer noch die verprochenen Bescheide über die Voll- resp. Angehörigenrente. Der sogenannten strittigen Zeit Ende September 1910 bis 11. Januar 1911. Als diese nach Ablauf von 9 Monaten seit dem Urteil immer noch nicht eingelaufen waren, richteten wir Mitte Juli 1913 ein Schreiben an die Berufsgenossenschaft und bat um baldige Erteilung. Endlich Mitte August 1913 kam der Bescheid, wonach die Berufsgenossenschaft für diese Zeit Vollrente bewilligte. Während die diese Zeilen in Druck geben, wird der Verletzte freieren, daß er wieder 27 Mark nachgezahlt erhalten hat, auf die er stark 2½ Jahre warten mußte. Zusammen also wurden dem Mann durch unser Eingreifen 489 Mk. nachträgliche Zahlungen erwirkt. So erfreulich nun dieser abschließende Erfolg auch die nunmehrige glatte Erledigung der Sache durch die Berufsgenossenschaft ist, so muß doch betont werden, daß eine solche Verschleppung der Sache, wenn sie auch zu den Ausnahmen gehört, entschieden zu verurteilen ist und eigentlich nicht vorkommen dürfte.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 2. September 1913.

Der Zentralrat der Deutschen Gewervereine hielt am vorigen Freitag abend im Verbandsbau eine Sitzung ab. Nach einigen Vorbemerkungen des Kollegen Holz und Reichelt berichtete Kol. Reuteb über die Errichtung eines Kampffonds, wie ihn der letzte Verbandstag beschlossen hat. Die befragten Hauptvorstände haben sich in ihrer Mehrheit für die Einführung des Kampffonds gemäß dem Verbandstagsbeschlusse ausgesprochen, doch wünschen sie nicht die obligatorische Einföhrung

der Kampffonds-marke zu 10 Pfg. pro Jahr, weil sie glauben, daß die Freiwilligkeit es zu Wege bringen werde, die Zahl der verkauften Kampffonds-marke höher hinaufzubringen, als wenn der einmalige Stampfgeld in jedem Jahr mit Zwang obligatorisch durchgeführt werde. Der Zentralrat erwartet, daß alle Gewerksvereine dafür eintreten, daß jeder Gewerksvereiner die Stampfmarke mindestens einmal im Jahre kaufe. Zweck dieses Kampffonds soll sein, Gewerksvereine, die in Streiks und Ausübungen verwickelt werden und hierbei in ihren Mitteln über ihre Kraft hinaus in Anspruch genommen werden, zu unterstützen. Die Sammlungen auf Listen sollen dafür in Wegfall kommen. Die Marke soll im Oktober zum ersten Male herausgegeben werden. Wir rechnen auf freundliche Zustimmung in allen Gewerksvereinen.

Kollege Goldschmidt berichtete über die Vorbereitungen zur Herausgabe des Taschenbuchs der Deutschen Gewerksvereine 1914. Die auf dem Verbandstage geäußerten Wünsche sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Das Kalendarium werde den praktischen Bedürfnissen entsprechend verbessert. In keinem Gebinde folgt das Taschenbuch 30 Pfg. Das Buch bekomme dadurch ein vornehmeres Ansehen und eine dauernde Haltbarkeit. Dieser Preis sei aber immer noch niedriger, als wie er für Taschenbücher in anderen Organisationen ausgegeben werde, die meist 50 Pfg. bis 1 Mk. kosteten. Das Taschenbuch sei unentbehrlich für die Gewerksvereiner, und steht daher wohl zu erwarten, daß dasselbe in großer Auflage abgesetzt werde. 1913 wurden 20 000 Exemplare abgesetzt und nicht alle Bestellungen hätten befriedigt werden können. Man dürfe es daher sehr wohl wagen, auch die neue Auflage in mindestens 20 000 Exemplaren herauszugeben. Der Gedanke, zwei verschiedene Ausgaben herzustellen, die eine für 30 Pfg. und die andere im Einband wie bisher für 15 Pfg., sei nicht ohne Bedenken, da doch beide Ausgaben inhaltlich übereinstimmen. Die billige Ausgabe befriedigt aber nicht, weshalb den Wünschen des Verbandstages entsprechend ein als zweckmäßigstes sei, die Ausgabe einheitlich gut und sauber gebunden erfolgen zu lassen für den Verkaufspreis von 30 Pfg. Der Zentralrat stimmte diesem Vorschlag zu.

Zodann berichtete der Verbandsvorsitzende über den Antrag der Städte Neukölln und Schöneberg an den Zweckverband Groß-Berlin betreffend Einführung einer Arbeitslosenversicherung, dabei hinweisend auf den Artikel im „Gewerksverein“ Nr. 93. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, die Stellungnahme des Verbandsorgans zu billigen. Es wurden dann noch Mitteilungen des Gewerksvereins der Bergarbeiter entgegen genommen.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker feierte am 1. Sept. das Jubeljahr seiner Verwaltung in Berlin. Vorher war die Hauptversammlung in Stuttgart. Während dieser ganzen 25 Jahre leitete der Vorsitzende Emil Döblin den Verband. In einem Festartikel weist der „Korrespondent“ darauf hin, daß bisher keine Gewerkschaft einen ähnlichen Vorgang aufzuweisen habe, daß ein und derselbe Leiter 25 Jahre lang die Organisation führe. Ueber Entwicklung und Erfolge des Verbandes macht der Festartikel folgende Mitteilungen:

Bis zum Jahre 1888 lag unser Verband sowohl in organisatorischer wie in tariflicher Beziehung ein Auf und Nieder gesehen. Seit 1873 bildete nur eine Lohnaufbesserung von 5 Prozent, die Festsetzung von 67 Lokalausstellungen und die Schaffung einer Lehrlingskassa den tariflichen Fortschritt. Bei dem Uebergang der Verbandsleitung nach Berlin im Jahre 1888 waren 11 886 Mitglieder in 587 Druckorten und in allen drei Kasseneinrichtungen von 916 692 Mk. vorhanden.

Deutschland hat unrecht daran, wenn es verständnislos aufjubelt, als eine Sache unklar, wie sie gerecht wohl selten verstanden worden ist. Ichrich der Sozialpolitiker Fritz Tidemann nach unierer Niederlage bei dem heroischen Reunited-Kampfe 1891/92, womit wohl alles gesagt ist zur Rechtfertigung der damaligen großen Aktion. Döblin war in dieser Zeit auch in England tätig, um dort materielle Hilfen zu leisten für uns zu erkräftigen. Das nach verlorenen Schlacht der Verband nicht in Trümmer ging, ist nicht zum letzten ihm zu verdanken.

Die Wiederanrichtung der Tariftgemeinschaft war im wesentlichen das Werk Döblins, die Ueberwindung des heftigen Widerstandes dagegen in erster Linie sein Verdienst. Nun ging es vorwärts und aufwärts! Tariflich erreichte die Geschlossenheit von 1896 an Lohnbeziehungen von insgesamt 31 Prozent, Lokalausstellungen bestehen für zusammen 743 Orte. Für die Maschinenwerke, die Drucker und die Stereotypen wurden mehrere Spezialbestimmungen geschaffen. Die Arbeitszeit konnte wesentlich um vier Stunden gekürzt werden. 96 Prozent aller Geschlossen arbeiten zu tariflichen Bedingungen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 67 993 in über 1700 Druckorten gestiegen. Das Verbandsvermögen beträgt 10 512 887 Mk.

Die hervorragenden und mannigfachen Eigenschaften Emil Döblins als Gewerkschaftsführer, Kollege und Mensch wie seine vielen Verdienste hat bei der offiziellen Ehrung durch die Generalversammlung in Taunzig Kollege Kuffmüller so beredt geschildert, und der Gefeirte hat darauf in so dankwürdiger Weise geantwortet, daß an dieser Stelle nichts mehr zu sagen bleibt. Was alle Verbandsmitglieder am Tage unseres „Regierungsjubiläums“ bewegt, das bei dem Kollegen Döblin wie dem demnächstigen Vorstandsjubiläum Gustav Eißler in dem von Herzen kommenden Wunsch ausgesprochen: „Noch viele, viele Jahre segensreicher Tätigkeit!“

Wir schließen uns diesen Wünschen gern an. Emil Döblin hat den Verband nach den Grundlagen der Deutschen Gewerksvereine geleitet und mit feiter Hand die Organisation davon bewahrt, daß sie zum Tummelplatz parteigegensätzlicher Interessen werde. Die Redaktion des „Korrespondent“ hat ihn hierbei wirksam unterstützt, sowohl in der Zeit der Verbänderrischen Redaktionsführung wie auch in der weiteren Folge. Die Sozialdemokraten hatten allerdings vor Herzhäuser unter Arthur Gail den Versuch gemacht, den Verband zu zerplittern durch die Gründung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Buchdruckerorganisation. Dieser Versuch ist indes elend gescheitert. Es sei hierbei daran erinnert, daß die Leipziger Buchdrucker feierlich aus dem Gewerkschaftsverband ausgeschieden wurden, weil die Organisation der Buchdrucker auf Strich- und Unterdruck Boden stehende und den Klassenkampf verlassene. Der Verband hat sich dadurch nicht irreführen lassen, sondern durch die praktische Tat den Beweis erbracht, daß die Lehren von Dr. Max Stirner für die Arbeiterbewegung die erfolgreichsten sind.

Käufliche Seelen! Der alte Verein der babilonischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen hat seinen Jahresbericht veröffentlicht. Siernach ist seine Mitgliederzahl von 3948 auf 4705 gestiegen. Wie aus dem Jahresbericht hervorgeht, leitete die Anilinfabrik einen Beitrag von 107 862 Mark, während die Mitglieder nur einen Beitrag von 4584 Mark aufbrachten. Die „Käufliche Post“ meint, man wisse ja, daß das ein ganz „hüblicher gelber Fleck“ sei, nur wisse man in der Anilin genau, daß der größte Teil der Mitglieder das Weiden der Blutapfelstine an sich habe: „außen gelb, aber innen rot!“ Uns scheint der Trost, den sich die sozialdemokratische „Käufliche Post“ erdacht hat, nicht allzu idemischhaft für die Kotten zu sein. Käufliche Seelen, die nach außen gelb erscheinen für das Geld, das man ihnen für den Verzicht auf das Koalitionsrecht gewährt, innen aber rot sind, dürften nicht gerade Reute sein, auf die eine Bewegung stolz sein könnte. S'achseln ist doch eine der widerlichsten Charaktereigenschaften.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung auf dem Brennaborwerken Gebr. Reichle in Brandenburg (Havel) dauert bereits den ganzen Monat August, ohne daß eine Aenderung eingetreten ist. — Mit den Fuhr- und Transportleuten Groß-Stuttgarts ist ein neuer Tarifvertrag auf die Dauer von 3 Jahren dadurch zum Abschluß gelangt, daß die Unternehmer einer Verrückung der Arbeitszeit um wöchentlich drei Stunden zugestimmt haben. Weiterhin wurde die Steigerung des Lohnes nach Dienstjahren von 5 auf 3 Jahre herabgesetzt. Die wöchentliche Lohn-erhöhung beträgt im Durchschnitt 2 Mk. — Die im Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter organisierten Marktschuhmacher in Neumarkt (Schlesien) haben mit der dortigen Schuhmachereinnung einen auf zwei Jahre gültigen Tarifvertrag abgeschlossen. Für die meisten Artikel wurde eine Lohn-erhöhung erzielt. — In Pafewalk kamen wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen die Former der Eisengießerei von H. Behrendt die Arbeit nieder. — Die Heizungs-monteurs in Saarbrücken sind infolge von Lohnindifferenzen in den Streik getreten. — In Dublin ist es bei einem Streik der Straßenbahner zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Wie das „B. L.“ aus London erzählt, sind dabei 450 Zivilisten und 40 Polizisten verwundet worden, die ärztliche Hilfe in Krankenhäusern in Anspruch nehmen mußten. Zwei Arbeiter erlitten dabei Verletzungen. Nach einer Protestversammlung der Streikenden in Croydon Park kam es zu einem neuen Zusammenstoß. Drei Straßenbahnwagen wurden mit Steinen bombardiert und 20 Schulleute kamen ins Gedränge, jedoch eine Kompanie Soldaten aus der nahegelegenen Richmond-Kaserne zu Hilfe eilte. Mit aufgeschlagtem Seitengewehr esforderten die Soldaten die Straßenbahnwagen in das Depot. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu Zusammenstößen. Viele der Verwundeten waren spät nachts noch ohne Befinnung.

Der Bruist des Solinger Induitreiarbeiter-Verbandes entringt sich durch den Mund seines Stahlwarenarbeiters ein Schrei der Verzweiflung in einem A d r u f auf einen verstorbenen Führer. In diesem Nachruf heißt es:

„Früher hervorragend an der politischen Arbeiterbewegung in Solingen beteiligt, ging ihm der allgemeine moralische Niedergang, den die letzten Jahre der deutschen Arbeiterbewegung gebracht haben, sehr zu Herzen. Er, der mit vielen Opfern der Bewegung gebietet hatte, — unter dem Sozialistengesetz gehörte er zu den mutigen Bannträgern der sozialdemokratischen Partei —, sah das Verschwinden der Ideale, sah das Streben nach persönlichen Vorteilen, sah das rücksichtslose Betreten von Existenzen. Was alles er im kapitalistischen Staate verurteilte, fand er mehr und mehr und schlimmer noch in der eigenen Partei herantreiben.“

Ein „Akt des sozialdemokratischen Terrorismus“ ist nach den Worten des Vorsitzenden der 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts I, Landgerichtsrichters Lieber, die Handlungsweise des Kellners Otto Schulz, der sich wegen Hausfriedensbruchs und großen Unmuts in Idealkonkurrenz mit Uebertretung des preussischen Preßgesetzes zu verantworten hatte. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis und zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt unter Zugrundelegung folgender vom „Berliner Tageblatt“ mitgeteilter Feststellungen: Am 12. April dieses Jahres hatte der Gastwirt Lobbed in der Andreasstraße ein großes Lokal, einen sogenannten „Kasabeter“, eröffnet und für dieses durch einen Stellvertreter sieben Kellner engagiert. Nach dem eidlichen Zeugnis Lobbeds seien einige Tage nach der Eröffnung des Lokals mehrere Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Gastwirtschaftsverbandes in seinem Lokal erschienen und hätten verlangt, er solle die Vermittlung des von dem Verbands eingerichteten Stellennachweises für Kellner benutzen und von dort Kellner bestellen. Er habe darauf erwidert, daß er doch unmöglich die schon engagierten Kellner, die zu seiner Zufriedenheit arbeiten, vor die Tür lassen könne, zumal Familienväter unter ihnen seien. Die Vorstandsmitglieder des Verbandes hätten hierauf ganz offen die Drohung ausgesprochen, daß sein Lokal boykottiert werden würde, wenn er sich weigere, ihre Forderung zu erfüllen. Schon am nächsten Tage sei dann mit dem angedrohten Boykott begonnen worden. Vor seiner Tür seien Zettel verteilt worden oder in der Nähe angeklebt worden, in denen aufgefordert wurde, das Lokal zu meiden, bis er die Forderungen des Verbandes erfüllt habe. Wie der Zeuge seinerzeit weiter bekundete, sei der Verband sogar soweit gegangen, ihm den Angeklagten in das Lokal zu schicken mit dem Auftrage, dort die Zettel zu verteilen und die Gäste aufzufordern, das Lokal zu verlassen. Als er dieses Manöver durch das keine wirtschaftliche Existenz auf das Spiel gestellt wurde, am 26. April entdeckte, habe er den Angeklagten aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Da er nicht freiwillig gegangen sei, habe er mit Gewalt entsetzt werden müssen, nachdem er einen ganzen Stoß der Flugblätter in dem Lokal verstreut habe. Das Schöffengericht begründete die trotz der bisherigen Unbedingtheit des Angeklagten verhängte Gefängnisstrafe damit, daß das gemeingefährliche Verhalten des Kellners Schulz, hinter dem die Sozialdemokratie stehe, einen schwereren Eingriff in die persönliche Freiheit und die Rechte der Allgemeinheit darstelle. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte unter dem Beistande des Rechtsanwalts Dr. Sengler Berufung ein und behauptete vor der Strafkammer, daß eine Aufforderung, das Lokal zu verlassen, an ihn nicht ergangen sei. Er gab auf eine Frage des Landgerichtsrichters Lieber zu, daß er das Lokal des Zeugen Lobbed im Auftrage des Verbandes aufgesucht habe, um dort die Flugblätter zu verteilen. Auf eine Frage an den Zeugen Lobbed, erklärte dieser, daß er jetzt den Verbandsstellennachweis benutze, da er sonst wirtschaftlich vollständig ruiniert worden wäre. Das Gericht kam nach längerer Beratung wieder zu der Beurteilung des Angeklagten, und zwar mit folgender Begründung: Es ist das gute Recht jeden Arbeiters, sich zu koalieren, er darf aber von diesem Rechte nur in der gesetzmäßigen Weise Gebrauch machen, dann wird ihm auch niemand das Recht, sich durch Koalition bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, verweigert. Ungeachtet im höchsten Maße sei es aber gewesen, den Zeugen Lobbed solange zu „zwiebeln“, bis er sich, um seine Existenz nicht zu verlieren, den Forderungen des Verbandes fügte. Es werde jetzt häufig Klage geführt, daß die Gesetze nach dieser Richtung hin nicht stark genug sind; wenn ein derartig kraß liegender Fall die Gerichte

